

Rheinland-Pfalz: 220.000 Menschen haben ausschließlich 450€-Job

Hintergrund:

Geringfügig entlohnte Beschäftigung bzw. Minijobs liegen vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 450 Euro nicht übersteigt. (vgl. SGB IV § 8 Abs. 1 Nr. 1). Beschäftigte sind versicherungsfrei in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Eine Pflicht zur Rentenversicherung besteht. Beschäftigte können sich jedoch von dieser auf Antrag befreien lassen.

Ergebnisse:

- Bundesweit gibt es 7.025.110 geringfügig entlohnte Beschäftigte (Stichtag 31.12.2020). Auf 100 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte kommen 21 geringfügig entlohnte Beschäftigte.
- In Rheinland-Pfalz waren am Stichtag 31.12.2020 367.448 Beschäftigte lediglich geringfügig entlohnt. Auf 100 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte kamen 25 geringfügig Entlohnte. Damit liegt der Anteil höher als im bundesweiten Durchschnitt.
- 221.220 Personen waren in RLP zum Stichtag ausschließlich geringfügig beschäftigt. Davon waren 59.084 Personen 65 Jahre und älter. Somit waren 26,7 Prozent der ausschließlich geringfügig Entlohnnten Beschäftigten 65 Jahre und älter.
- 4.133.526 Personen waren bundesweit zum Stichtag ausschließlich geringfügig beschäftigt. Davon waren 1.077.723 Personen 65 Jahre und älter. Somit waren 26,1 Prozent der ausschließlich geringfügig Entlohnnten Beschäftigten 65 Jahre und älter.

Region/ Merkmal	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte	31 Dezember, 2020		
			auf 100 Sv- pflichtig Beschäftigte kommen...geringfügig entlohnte Beschäftigte "	davon	
				ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB
				4	5
Deutschland	33.700.284	7.025.110	21	4.133.526	2.891.584
15 bis 64 Jahre	33.288.602	5.895.675	18	3.038.948	2.856.727
65 Jahre und älter	411.506	1.112.577	270	1.077.723	34.854
Rheinland- Pfalz	1.447.070	367.488	25	221.220	148.268
15 bis 64 Jahre	1.428.386	305.786	21	161.306	144.480
65 Jahre und älter	18.676	60.872	326	59.084	1.788

Nach Regionen

Region	Bevölkerung (15-64 Jahre) (31.12.2019) "	insgesamt	Quote der geringfügig entlohnt Beschäftigten 9 (Spalte 2 an 1)	davon		
				ausschließlich geringfügig entlohnt	Quote der ausschließlich geringfügig •entlohnt Beschäftigten " (Spalte 4 an 1)	im Nebenjob geringfügig entlohnt beschäftigt

07 Rheinland-Pfalz	2.641.956	317.639	12,0	166.792	6,3	150.847
07233 Vulkaneifel	38.146	5.510	14,4	2.700	7,1	2.810
07143 Westenvaldkreis	130.764	18.866	14,4	9.485	7,3	9.381
07132 Altenkirchen (Westerwald)	82.112	11.810	14,4	6.508	7,9	5.302
07313 Landau in der Pfalz, kr.f. St.	31.887	4.501	14,1	2.634	8,3	1.867
07231 Bernkastel- Wittlich	71.426	9.773	13,7	5.003	7,0	4.770
07140 Rhein-Hunsrück- Kreis	65.787	8.921	13,6	4.433	6,7	4.488
07131 Ahrweiler	81.150	10.813	13,3	5.559	6,9	5.254

Nach Branchen:

Wirtschaftszweige WZ 2008	Geringfügig entlohnt Beschäftigte (am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren)
Insgesamt	317.639
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	53.326
I Gastgewerbe	37.194
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	36.326
Q Gesundheits- und Sozialwesen	32.326
C Verarbeitendes Gewerbe	21.129
H Verkehr und Lagerei	19.612
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	15.878

Katrin Werner, MdB:

„Minijobs müssen endlich in sozialversicherungspflichtige Arbeit umgewandelt werden. Mit diesen Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klassen, von denen vor allem Arbeitgeber profitieren, muss endlich Schluss sein. Wir brauchen gute Arbeit und gute Löhne, von denen Menschen leben können und die die Rente stärken.“

„Besonders viele Minijobs in Rheinland-Pfalz gibt es im Handel, im Gastgewerbe, im Gesundheits- und Sozialwesen, also in den Branchen, die noch vor kurzem beklatscht wurden. Es ist endlich an der Zeit, dass dem Klatschen auch Taten folgen. Jede Stunde Arbeit muss sozialversichert sein und wir brauchen einen Mindestlohn von 13 Euro die Stunde.“

„Über 60.000 Menschen, die 65 Jahre und älter sind, haben in Rheinland-Pfalz einen Minijob. Viele von ihnen sind darauf angewiesen, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht. Das ist beschämend in einem so reichen Land wie Deutschland. Wir brauchen endlich eine gesetzliche Rente, in die alle einzahlen, also auch Beamt:innen, Abgeordnete und Selbstständige. So kann das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Niemand soll im Alter unter 1.200 Euro im Monat fallen. Dafür möchten wir mit einer solidarischen Mindestrente sorgen.“